

Wo ist sie geblieben?

Politische Phantomschmerzen

■ ERHARD BUSEK



Dr. Erhard Busek, prominenter ÖVP-Politiker, war 1978-1987 Wiener Vizebürgermeister, ab 1989 Wissenschaftsminister, ab 1991 Bundesparteiobmann der ÖVP und Vizekanzler. Er war Regierungsbeauftragter für die EU-Erweiterung und Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Er war bis 2012 Präsident der Europäischen Forums Alpbach und leitet das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa.

Was ist mit dem Titel gemeint? Natürlich die Politik oder besser gesagt die Politiker. All das stelle ich mit geringem Vergnügen fest. Ich muss sogar gestehen, dass ich beim Gedanken an die Politik in Österreich, aber streckenweise auch in Europa, Phantomschmerzen habe. Zu lange bin ich mit all dem verbunden, zu intensiv habe ich mich hier engagiert und so vieles habe ich als große Chance für die weitere Entwicklung der Gesellschaft in Österreich und Europa erlebt. Das war auch der Grund, warum ich mit einer großen Anzahl von Freunden und Weggefährten ein Buch unter dem Titel „Was haben wir falsch gemacht?“ herausgegeben habe. Ich wollte es mir nicht leicht machen, die jetzige Generation der Politiker zu kritisieren, weil offensichtlich auch schon in der Zeit, in der ich direkte Verantwortung hatte, einiges nicht so richtig gelaufen ist.

Der schwierige Weg in die Verantwortung

Vor allem aber ist ein Thema verfehlt worden: die Gewinnung eines geeigneten politischen Nachwuchses und die Auseinandersetzung um die wirklich wichtigen Themen für die Zukunft. Allerdings höre ich von der heute aktiven Generation immer die Argumentation, dass wir ja alle Möglichkeiten gehabt hätten, die Dinge zu machen, die ich mit anderen aus verschiedenen Parteien gemeinsam etwa in der Volksbegehrensinitiative „MeinOe“ vertrete. Für diese Feststellung spricht allerdings eine geringe Sachkenntnis, weil ich etwa in meiner Wiener-Tätigkeit sehr viel für die Themen (direkte Demokratie, Veränderung des Wahlrechtes, Personalauswahl) getan habe, aber auch von 1991 bis 1995 das große Thema des Beitritts Ös-

terreichs zur EU zu bewältigen hatte. Das alles sei der Redlichkeit halber festgestellt. Im Übrigen werbe ich in allen öffentlichen Auftritten und persönlich für den Gang in die politische Verantwortung. Resultat: mögliche Interessenten bekommen bei den Machträgern nicht einmal einen Termin. Beispiel: der Gründer von „NEOS“ wurde von mir empfohlen, nicht angenommen – jetzt geht er unter die Parteigründer! Respekt vor dieser Konsequenz.

Verwirrung nach der Wende

Die eigentliche Themenverfehlung liegt mehr darin, dass wir die Veränderungen nach 1989 für Österreich und Europa noch immer nicht richtig im Visier haben. Dazu gehört etwa auch die Tatsache, dass der Nationalstaat an Bedeutung verliert und wir nicht zuletzt durch Wissenschaft und Forschung, durch wirtschaftliche Entwicklung und den Möglichkeiten der Technologie ganz andere Ebenen der Politik haben, die viel zu wenig im Visier der Akteure sind. Ich nenne etwa ein primitives Beispiel: Mir wurde mitgeteilt, dass etwa 15 Prozent der Eheschließungen, Partnerschaften beiderlei Geschlechts etc. heute von Menschen aus verschiedenen Staaten geschehen. Das erzeugt eine ungeheure Problematik im Bereich des Rechtes (Personenstand, Vermögen, Erbrecht etc.), die eigentlich gemeinsame Regelungen oder zumindest ein akkordiertes Vorgehen zwischen den Staaten in der EU verlangt. Ist das schon je ein Thema gewesen?

Reform der Organisationsformen

Hier wären allerdings auch die Themen zu erwähnen, die die längste Zeit schon

herumliegen und nicht gelöst werden. Der älteste Kalauer den es gibt, ist hier der Bundesrat, über dessen Unnötigkeit eine ungeheure Übereinstimmung herrscht, er aber trotzdem als Krabbel- bzw. Seniorenstube für Politiker erhalten bleibt. Gravierender ist etwa die Frage der Bildungspolitik! Jeder stimmt zu, dass sie von entscheidender Bedeutung ist. Sie bekommen immer Applaus, wenn sie darüber reden, dass hier eigentlich mehr Geld hergehört, weil es um die Zukunft der Jugend geht. Was ist aber geschehen? Permanente Streitigkeiten über Organisationsform, durchgehende politische Besetzungen, aber keine inhaltliche Gestaltung der Bildungspolitik. Die Lehrer werden heute an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet, wie aber die Rolle des Lehrers aussieht, ob es eine Berufsdurchlässigkeit in andere Bereiche hin gibt, wie Schulautonomie aussieht etc. darüber ist herzlich wenig vorhanden. Es gibt also verschiedene Arten von Themen, die verfehlt wurden: solche, die nicht behandelt werden, solche, die schon lange existieren und zu keinen Lösungen kommen und solche, die überhaupt nicht erkannt werden, weil es einfacher ist, sich auf seinen eigenen Misthaufen zu konzentrieren, als die entsprechenden Gegenwarts- und Zukunftsperspektiven zu entdecken.

Parteien und Medien

Es ist Bewegung in der Landschaft bezüglich Gründung von Parteien. Das kann einerseits eine Chance sein, andererseits aber auch signalisieren, dass sich unser politisches System verbröckelt und die Beliebtheit zunimmt. Es tauchen neue Spieler am Feld auf z. B. „NEOS“, die ein Programm haben, aber weder die finanziellen Mitteln und Persönlichkeiten, um es entsprechend präsentieren zu können oder Wirtschaftsakteure (z.B. Stronach), die glauben, dass man einen Staat wie ein Unternehmen organisieren kann, gleichzeitig aber eigentlich nicht wissen, wie sie es tun sollen und wer es macht. Aber alles kann man kaufen – glaubt man jedenfalls in diesem Eck.

Es wäre nicht ordentlich, nicht auch darauf Bezug zu nehmen, dass die Medi-

en die Themen verfehlen. Man kann den Bürger nicht ungeschoren lassen, denn die Tatsache, dass „Kronen- Zeitung“, „Heute“ und „Österreich“ den Medienmarkt beherrschen, sagt ja auch einiges aus über die Qualität der Auswahl, die vom Konsumenten vorgenommen wird. Dass der Journalismus darunter leidet, ist außer Frage, weil auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen.

Lahme Zivilgesellschaft?

Es gibt jede Menge Fehlanzeigen, wie etwa auch in der Rolle der Wissenschaft, die in der gesellschaftlichen Diskussion über die politische Aktualität streckenweise überhaupt fehlt und eigentlich nur Interessensvertretung in eigener Sache macht. Die ist sicher notwendig, aber nicht allein die Aufgabe von Personen und Einrichtungen, die die geistige Unabhängigkeit symbolisieren. Man kann auch nicht spurlos an den Kirchen und Religionsgemeinschaften vorübergehen, die zwar ihre inneren Probleme haben (z.B. katholische Kirche und Missbrauch, interne Organisation, etc.), die aber auch zur Konfliktbewältigung den entsprechenden Dialog in christlicher Liebe oft vermissen lassen. Gleiches gilt für die reiche Landschaft der NGOs, die stets auf ihre Bedeutung für die Zivilgesellschaft Wert legen, aber offensichtlich zu einem strukturierten Vorgehen in der so unendlich wichtigen Sache der Politik nicht in der Lage sind.

Das alles ist schmerzlich und wirklich eine Themenverfehlung. Offensichtlich sind die Krisen unserer Zeit noch nicht groß genug, dass sie hier auch zu einer entsprechenden Aktion führen. Wut- und Mutbürger gibt es, aber strukturiertes Vorgehen fehlt auch hier. Das Ganze kommt mir bei uns vor wie der Arabische Frühling. Alle werden durch Facebook und Internet herbeigerufen, aber strukturierte Antworten kommen dann aus verfehlten Ecken wie zum Beispiel von den Muslimbrüder. Es ist zu hoffen, dass aus dieser Unsicherheit nicht quasi politische Muslimbrüder bei uns das Geschehen der Zukunft gestalten ... ■

■ Wut- und Mutbürger gibt es, aber strukturiertes Vorgehen fehlt auch hier.